

Keine Windkraftanlagen im Naturpark Spessart

FWG-Biebergemünd unterstützt die Resolution der Nachbargemeinden

Biebergemünd (re). Die Gemeinde Biebergemünd plant zurzeit die zweite Offenlage des Flächennutzungsplans Windenergie. Gemeinsam mit den beiden anderen Fraktionen hat auch die FWG-Biebergemünd seit nunmehr fünf Jahren einen Flächennutzungsplan zur Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen vorangetrieben und steht auch weiterhin zu dieser objektiven und transparenten Vorgehensweise: „Nur durch einen eigenen Flächennutzungsplan mit Ausschlusswirkung können wir die umfangreichen im Entwurf zum Regionalplan eingezeichneten Vorrangflächen auf Biebergemünder Gemeindegebiet auf ein Minimum reduzieren und so den Schaden für Mensch, Natur und Umwelt begrenzen“, heißt es dazu in einer Pressemitteilung der FWG.

In dem Planungszeitraum sei allerdings der Schutzradius für die auf dem Gemeindegebiet nachgewiesene Mopsfledermaus durch

immer wieder neu vom hessischen Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Gutachten von ursprünglich generell 5 auf jetzt nur noch 1 Kilometer reduziert worden. Hierdurch habe die Flächennutzungsplanung der Gemeinde jeweils kostspielig an diese neuen abgeschwächten Schutzkriterien angepasst werden müssen.

Noch im Sommer 2016 wurde in einem Entwurf zum Regionalplan Südhessen der 5-Kilometer-Schutzradius als Planungsgrundlage angewandt. Hierdurch waren zeitweise alle Vorrangflächen in Biebergemünd entfallen, und der Naturpark Spessart blieb weitestgehend frei von Windkraftanlagen. Erst durch einen eiligen Erlass des hessischen Umweltministeriums sei dann der 1-Kilometer-Radius angewandt worden, um so zusätzliche Vorrangflächen zu erhalten. Durch wiederholt vom hessischen Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Gutachten sei der Schutz der seltenen Fledermäuse immer weiter reduziert worden, schildert die FWG.

Die Naturenergie Main-Kinzig GmbH, ein Tochterunternehmen der Kreiswerke, und der Windparkprojektierer Juwi versuchten zurzeit, den Schutzradius für die Mopsfledermaus mithilfe von „fragwürdigen Gutachten“ sogar noch weiter zu reduzieren, um so doch noch den „umstrittenen Windpark Robkopf bei Flörsbachtal genehmigt zu bekommen“, obwohl dort nachweislich ein schützenswertes Vorkommen der Mopsfledermaus liegt. „Wird dieser Windpark auf Kosten des Naturschutzes genehmigt, so hat dies nach Ansicht der FWG auch weitreichende negative Auswirkungen auf die Flächennutzungsplanung in Biebergemünd“, heißt es in der Pressemitteilung.

Die FWG-Biebergemünd missbilligt diese Vorgehensweise der Landesregierung, dass die Kriterien zur Ausweisung von Vorranggebieten auf Kosten der Umwelt und der Biebergemünder Bürger wiederholt geändert und immer weiter abgeschwächt werden, damit das dogmatische politische Ziel, „2 Prozent der hessi-

schen Landesfläche für die Windkraft auszuweisen“, doch noch „mit der Brechstange“ erreicht werden kann. Die FWG hält die Vorgehensweise des Wirtschaftsministeriums, so lange Gutachten in Auftrag zu geben, bis endlich das gewünschte Ergebnis von einem Institut bescheinigt wird, weder „für seriös noch für akzeptabel“.

Die Landesregierung weicht selbst erstellte Kriterien immer weiter auf

Die FWG-Biebergemünd fragt sich: „Warum akzeptiert die Landesregierung nicht, dass es im Naturpark Spessart noch zahlreiche schützenswerte Tiere und Pflanzen gibt, die einen Ausbau der Windindustrieanlagen in dieser Region nicht zulassen? Stattdessen weicht die Landesregierung ihre selbst erstellten Kriterien zum Schutz der Tiere immer weiter auf, um so doch noch den Bau von Windrädern, auch in diesen schützenswerten Waldregionen,

zu erzwingen.“

In der Umgebung des Naturparks Spessart existieren bereits zahlreiche Anlagen. Mit Stand Ende 2016 seien bereits 105 Anlagen im Main-Kinzig-Kreis in Betrieb oder genehmigt. Vergleichbare Kreise: Hochtaunuskreis sieben, Odenwald 16, Rhein-Taunus-Kreis 27, Wetterau 36. Selbst in Summe haben diese Kreise mit insgesamt 86 Anlagen im Vergleich zum Main-Kinzig-Kreis damit deutlich weniger Anlagen. Die FWG schreibt: „Die Lasten der Energiewende dürfen nicht überwiegend den Bürgern im MKK zugemutet werden. Der Ausbau der Windkraft in Südhessen muss gerecht auf alle Regionen in Südhessen verteilt werden.“

Die FWG stellt deshalb in der kommenden Gemeindevertretungssitzung am 7. Februar den Antrag, dass die Gemeinde Biebergemünd die Resolution der Nachbargemeinden Bad Orb und Linsengericht unterstützt, den schutzwürdigen Naturpark Spessart frei von Windrädern zu halten.

425
2010 2017
529